

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Zigaretten Kohlmärkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstien & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies.  
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbar, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Reinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Die Folgen der Abstimmung.

Bei der Abstimmung über den Antrag Huene haben bekanntlich sechs deutschfreisinnige Abgeordnete — die Herren Brömel, Dünz, Waagner, Meyer, Schröder und Siemens — entgegen dem Fraktionsbeschluss — für den Antrag gestimmt und damit den Unwillen der Fraktionsgenossen heraufbeschworen. Eugen Richter giebt demselben in seiner „Freisinnigen Zeitung“ in folgender Weise Ausdruck:

„Es ist richtig, daß diese Abstimmung gegen das Parteiprogramm an sich formell nicht verstößt. Aber die Abstimmung befindet, daß die genannten sechs Herren sich mit den übrigen 60 Mitgliefern der freisinnigen Partei nicht in derselben Einheit der politischen Denkart befinden, auf der die Berechtigung und der Einfluß parlamentarischer Parteien beruht. Wir achten und ehren auch die aus entgegenstehende politische Ueberzeugung unserer bisherigen Fraktionsgenossen; aber eine engere parlamentarische Gemeinschaft mit denselben ist fernhin durchaus unmöglich. Auch für den Wahlkampf selbst darf die freisinnige Partei nirgends einen Zweifel darüber bestehen lassen, daß der Antrag Huene zwischen ihr und ihren bisherigen sechs Fraktionsgenossen das tiefste zerhauen hat, unbeschadet persönlicher Achtung und freundschaftlicher privater Beziehungen, welche ein langjähriges politisches Zusammenwirken auch in solchen Fällen fortbestehen läßt.“

Der Abgeordnete Dr. Alexander Meyer sendet der „Voss. Ztg.“ folgende Erklärung:

„Gedient Herr Redakteur! Ich ersuche Sie, mir in Ihrem Blatte so viel Raum zu gewähren, als für eine Erklärung notwendig ist, die in diesem Augenblick von mir gefordert werden muß. Ich habe mich bei der Abstimmung über die Militärvorlage von der freisinnigen Partei getrennt, weil ich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß eine Verstärkung der Armee unter Einführung der zweijährigen Dienstzeit durch politische und militärische Rücksichten gebieterisch gefordert wird. Diese Ueberzeugung habe ich entnommen aus den Erklärungen, die von der Regierung im Laufe der Kommissionsverhandlungen abgegeben und im Kommissionsbericht niedergelegt sind. Diese Erklärungen sprechen sich über die Lage mit der gebotenen Vorsicht, aber auch mit der nicht minder gebotenen Deutlichkeit aus, und ich habe mich ihrem Eindruck nicht entziehen können. Ich bin außer Stande, meine Ueberzeugung auf andere zu übertragen, aber niemand ist im Stande, sie mir zu rauben. Nachdem ich die Meinung gewonnen hatte, daß die Sicherheit des Reiches die Zustimmung zu der Vorlage erfordert, konnten mich Erwägungen, die von anderen Gesichtspunkten ausgingen, in meiner Entscheidung nicht irren machen. Auf Angriffe, die aus diesem Anlaß gegen mich gerichtet werden, beabsichtige ich einstweilen nichts zu erwidern.“

Dr. Alexander Meyer.

Der Reichstagsabgeordnete Schröder, welcher für den Huene'schen Antrag gestimmt, hat seinen Austritt aus der freisinnigen Fraktion erklärt. Die deutschfreisinnige Fraktion des Reichstages hat bereits am Sonnabend Abend Stellung zu der Angelegenheit genommen. Diese Fraktion hielt eine über mehrere Stunden sich ausdehnende Sitzung ab. Den Gegenstand der Verhandlungen bildete die bei der Abstimmung über den Antrag Huene hervorgetretene Meinungsverschiedenheit innerhalb der Partei. Die — allerdings in freundlichen, kollegialischen Formen geführte — Debatte endete mit der Annahme eines Richterschen Antrages, welcher den Keim zur Auflösung des freisinnigen Fraktionsverbandes und zur Bildung von zwei neuen liberalen Parteien enthält. Der Antrag verlangte, daß die Zustimmung zum Antrag Huene für unvereinbar mit der politischen Gesamtrichtung der freisinnigen Partei erklärt werde. Die Abstimmung ergab 27 Stimmen dafür und 22 Stimmen dagegen. Mit diesem Votum haben die einzelnen Abgeordneten für sich noch nicht die Frage entschieden, welcher der beiden Gruppen sie künftig beitreten. Den endgültigen Entschluß wird erst erst dann zu fassen haben, wenn die Auseinandersetzungen weiter vorgeschritten sind. Um die Konsequenzen des Beschlusses schnellstens zu ziehen, ist sofort eine Kommission von sechs Herren, drei von jeder Seite, niedergesetzt worden. Die Spaltung der Partei erscheint hiernach unvermeidlich.

Zur Situation im Allgemeinen schreibt die „Nat.-Ztg.“ sehr richtig:

„An der Nation ist es jetzt, ihr Geschick in die eigenen Hände zu nehmen. Wieviel auf dem Spiele steht, ist unabweisbar. Zunächst, wie oft betont worden, der Friede in einer wahrheitsgemäß nicht fernem Zukunft, denn er ist bedroht, sobald Frankreich sich dem deutschen Reich überlegen glaubt, und im Falle eines unglücklichen Krieges ist die Unabhängigkeit Deutschlands, die Existenz des Ganzen und jedes Einzelnen gefährdet. Doch bevor es zu einer solchen Probe käme und sie noch gefährlicher gestaltete, könnten die schlimmsten inneren Wirren den kaum befestigten Nationalstaat erschüttern. Am 1. April 1894 läuft das jetzt geltende Septennat ab. Was soll werden, wenn aus den bevorstehenden Wahlen wiederum ein Reichstag hervorgeht, mit welchem die Regierung keine Verständigung über die Heeresstärke erzielen könnte? Die in verfassungsmäßigen Diskussionen bestehende Antwort, wonach die Regierung sich nach den Bewilligungen des Reichstages zu richten hat, würde die Kontroverze nicht beilegen, die schon längst in diesem Zusammenhang aufwarf. Wie damals, so sagen wir heute: es kommt darauf an, zu verhindern, daß solche Fragen überhaupt praktische Bedeutung gewinnen; denn wie weit sie wären es erst einmal freitig geworden, führen könnten, das ist nicht zu erweisen; die Grundbesten des Reiches können dadurch erschüttert werden. Es muß ein Reichstag gewählt werden, der mit einer unerschütterlichen in gutem Glauben und in der Ueberzeugung von einer zwingenden Notwendigkeit bindenden Regierung eine Verständigung zu finden vermag. Wir hatten gegen ihr Verfahren in der Militärafrage Manches einzuwenden und haben es nicht verschwiegen; die Zeit für solche Abklatsche ist nun vorüber; jetzt kommt es darauf an, die Zukunft zu sichern, und das darauf gerichtete Streben der Regierung muß von Allen denen unterstützt werden, welche die drohenden Gefahren zu wahren vermögen. Die nationalliberale Partei stand in der ersten Reihe, als das Reich gegründet und ausgebaut ward; sie hat in der jüngsten Militärafrage von vornherein den Weg

der Verständigung gewiesen, auf welchem die gestrige Minderheit sich schließlich zusammenfand; wenn das deutsche Volk das Reich von neuem segnen und die Militärafrage in dem Sinne der Verständigung lösen will, wird es die Nationalliberalen wieder zu maßgebender Bedeutung im Reichstag verstärken. Sicherung des Landes; Einführung der zweijährigen Dienstzeit zur Erleichterung der militärischen Lasten; Verhütung eines Verfassungskonfliktes, der das Reich gefährden würde; Wahrung eines freien öffentlichen Lebens — dies Alles zu sichern, gilt es am 15. Juni!“

Ueber den Eindruck, welchen die Auflösung des Reichstages im Ausland hervorgerufen, liegen folgende Telegramme vor:

Wien, 7. Mai. Die gesamte Presse spricht den sehr tiefen und starken Eindruck wieder, den die Auflösung des Reichstages auch hier hervorgerufen hat. Allgemein waltet ein lebhaftes Bedauern über den Eintritt des Ereignisses vor. Die Blätter sagen nahezu einhellig, Deutschland sei an einem schicksalsschweren Wendepunkt seiner Entwicklung angelangt. Sie sehen eine stürmische Wahlbewegung voraus, deren Ergebnis unvorhersehbar sei. Die düstere Aussicht äußert die „Neue Freie Presse“. Den gestrigen Tag nennt das Blatt einen „dies neclatus“. In Deutschlands äußerem Prestige wie an seiner inneren Ruhe sei schwer gestört worden. Das „Neue Wiener Tageblatt“ bemerkt hingegen, ähnliche kritische Momente habe Deutschland ohne nachhaltige Wirkung bereits wiederholt durchgemacht. Die „Deutsche Zeitung“ meint, die kommenden Wahlen dürften über mehr als die Militärvorlage allein, entscheiden. Andere Blätter besorgen, daß die Extremen von rechts und links gestärkt aus den Wahlen hervorgehen werden.

Paris, 7. Mai. Die hiesige Presse behandelt die Ablehnung der Militärvorlage als erste Phase eines hochbedeutsamen Konfliktes zwischen Krone und Volksvertretung, dessen weitere Entwicklung Frankreich aufmerksam verfolgen muß. Die Ablehnung sei ein Protest der Nation gegen die Ueberbildung mit Militärkassen und beweiße die frierfertigen Gesinnungen der Deutschen, von denen auch die andere Völker durchdrungen seien. Die nächsten Wochen würden daran nichts ändern, und die Wähler würden ihre Abgeordneten nicht bedauern. Der neue Reichstag werde der Militärvorlage wenigstens gleich feindlich gegenüberstehen, und die dann weiter entstehende Spaltung des Konfliktes könne leicht aus innerpolitischen Gründen zu einer Gefährdung des äußeren Friedens werden.

### Deutschland.

Berlin, 8. Mai. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung vom 26. April 1893.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages, was folgt:

Die Artikel 1, 2, 3 und 5 der Maß- und Gewichtsordnung erhalten nachstehende Fassung:

Artikel 1.  
Das Meter und das Kilogramm sind die Grundlagen des Maßes und des Gewichtes.  
Das Meter ist die Einheit des Längenmaßes. Es wird dargestellt durch den bei der Temperatur des schmelzenden Eises gemessenen Abstand der Endpunkte auf demjenigen Maßstab, welcher von der Internationalen Generalkonferenz für Maß und Gewicht als internationales Prototyp des Meter anerkannt worden und bei dem Internationalen Maß- und Gewichts-Bureau niedergelegt ist.  
Das Kilogramm ist die Einheit des Gewichtes. Es wird dargestellt durch die Masse desjenigen Gewichtsstückes, welches durch die Internationale Generalkonferenz für Maß und Gewicht als internationales Prototyp des Kilogramm anerkannt worden und bei dem Internationalen Maß- und Gewichts-Bureau niedergelegt ist.

Artikel 2.  
Als Urraß gilt derjenige von dem Prototyp des Meter (Artikel 1 Absatz 2) abgeleitete Maßstab aus Platin-Iridium, welcher durch die Internationale Generalkonferenz für Maß und Gewicht dem deutschen Reich als nationales Prototyp überwiehen worden ist. Derselbe wird von der Normal-Maßstabskommission aufbewahrt.

Artikel 3.  
Aus dem Meter werden die Einheiten des Flächenmaßes und des Körpermaßes — Quadratmeter und Kubikmeter — gebildet. Für die Theile und für die Vielfachen dieser Maßeinheiten gelten folgende Bezeichnungen:

A. Längenmaße.

Der tausendste Theil des Meter heißt das Zentimeter.

Der hundertste Theil des Meter heißt das Dezimeter.

Tausend Meter heißen das Kilometer.

B. Flächenmaße.

Hundert Quadratmeter heißen das Ar.

Beihundert Quadratmeter oder hundert Ar heißen das Hektar.

C. Körpermaße.

Dem tausendsten Theil des Kubikmeter wird der von einem Kilogramm reinen Wassers im Zustande seiner größten Dichtigkeit unter dem absoluten Druck einer Atmosphäre eingenommene Raum gleichgesetzt. Derselbe heißt das Liter.

Der zehnte Theil des Kubikmeter oder hundert Liter heißen das Dekoliter.

Zufällig ist die Bezeichnung von Flächen oder Räumen durch die Quadrate oder Würfel des Zentimeter und des Millimeter.

Artikel 5.  
Als Urraß gilt dasjenige von dem Prototyp des Kilogramm (Artikel 1 Absatz 3) abgeleitete Gewichtsstück aus Platin-Iridium, welches durch die Internationale Generalkonferenz für Maß und Gewicht dem deutschen Reich als nationales Prototyp überwiehen worden ist. Dasselbe wird von der Normal-Maßstabskommission aufbewahrt.

Urtheillich unter Unserer Höfsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen In-

Gegeben Rom, den 26. April 1893.

(L. S.) Wilhelm.

v. Bötticher.

Durch die Auflösung des Reichstages ist der zur Disposition gestellte Restor Abward der Immunität entkleidet worden, die ihn bisher in dem gegen ihn schwebenden Prozesse wegen seiner Verurtheilung beim Reichsgericht gegen seine Verurtheilung zu Gefängniß eingelegt. Das Reichsgericht ist nunmehr in der Lage, in dieser Sache zu entscheiden.

Das Präsidium des deutschen Handels-tages (gezeichnet: Geh. Kommerzien-Rath Frentzel) erläßt an die Mitglieder ein Rundschreiben, das ungefähr folgenden Inhalt hat:

„In den maßgebenden Kreisen von Handel und Industrie ist ganz allgemein die Ansicht verbreitet, daß bisher bei dem Abschluß von Handelsverträgen die Fühlung zwischen der Reichsregierung und den hierbei in erster Linie beteiligten Gewerbetreibenden nicht eng genug gewesen ist. Ebenso allgemein wird an diese Erkenntnis der Wunsch geknüpft, daß Mittel und Wege gefunden werden mögen, um in Zukunft bei ähnlichen Gelegenheiten die Wünsche und Wünsche von Handel und Industrie in der Art zur Kenntniß der Reichsregierung zu bringen, daß dieselben beim Abschluß von Handelsverträgen die gebührende Berücksichtigung finden können. Um dem hier geschilderten Bedürfnisse entgegen zu kommen, hat der Ausschuß des deutschen Handelstages in seiner letzten Sitzung beschlossen: das Bureau des Handelstages zunächst zu einer Zentralstelle umzugestalten, bei welcher die Mitglieder fortan alle Beschwerden und Wünsche hinsichtlich der deutschen und fremden Zolltarife unter eingehender Begründung einreichen können. Der Ausschuß hofft auf diese Weise in ruhigen Zeiten und ohne Ueberstürzung ein reiches Material gewinnen zu können, welches jeder Zeit greifbar ist und im geeigneten Augenblick den Reichsregierern bei Unterhandlungen mit anderen Mächten zur Verfügung gestellt werden kann. Die Ausführung des Planes ist in der Weise gemacht, daß die Mitglieder des Handelstages zunächst für diejenigen einzelnen Industriezweige, welche innerhalb ihres Bezirkes produktiv oder distributiv in hervorragendem Umfange thätig sind, Sachverständige bezeichnen, welche gewillt sind, sich der zu beanspruchenden fortlaufenden Thätigkeit zu unterziehen. Diesen Sachverständigen werden aus der Reihe derjenigen Positionen des Zolltarifs, welche in ihren Wirkungskreis fallen, zur Aufstellung eines besonderen Fragebogens zu überweisen. Diese Fragebogen werden alsdann seitens des Handelstages an diejenigen seiner Mitglieder gefandt werden, in deren Bezirk die Erzeugung oder der Handel sich in erheblicher Weise mit dem betreffenden Artikel befaßt. Demnach würden die ausgefüllten Fragebogen an die Sachverständigen zurückgehen, welche ihrerseits das Material zu verarbeiten und das Ergebnis an das Bureau des deutschen Handelstages zur Sitzung nach den Nummern des Zolltarifs und zur Aufbewahrung einzusenden hätten. Da, wie erwähnt, dem Bureau auch seitens der Mitglieder fortlaufend alle Beschwerden und Wünsche hinsichtlich der deutschen und der fremden Zolltarife zugehen und vor ihrer Einverleibung in das Zolltarif an die Sachverständigen der betreffenden Tarifposition zum Bericht abgegeben werden würden, so würde das Bureau in fortwährender laufender Verbindung mit den Mitgliedern des Handelstages bleiben, das Archiv würde bei jeder Tarifnummer alle im Laufe der Jahre aufgetauchten Beschwerden und Wünsche enthalten und aus demselben könnte im gegebenen Augenblick schnell und zuverlässig die notwendige Information an die maßgebende Behörde gegeben werden. Das auf diesem Wege gewonnene und beständig auf dem Laufenden zu erhaltende Material soll jedoch nur die Unterlage bilden für die vor Abschluß eines Handelsvertrages zu veranlassenden Befragungen zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Sachverständigen für Handel und Industrie. Auf diese mündlichen Erörterungen der einschlägigen Fragen legt der Ausschuß des Handelstages ein entscheidendes Gewicht und deshalb ist bei der Bezeichnung der Sachverständigen nicht nur darauf zu sehen, daß die betreffenden Herren bereit sind, an einer solchen Befragung theilzunehmen, sondern es sind auch bei eintretender Aenderung der jeweiligen Lage eines Industriezweiges innerhalb des Bezirkes sofort neue Sachverständige zu ernennen, um dadurch die Sicherheit zu erhalten, stets die unbedingt fachverständigsten Personen der Reichsregierung prästent zu können. Es wird zwar beabsichtigt, auch andere Körperschaften, insbesondere die wirtschaftlichen Vereine und die Berufsvereinigungen zur Theilnahme an dieser gemeinsamen Arbeit aufzufordern. Der deutsche Handelstag würde aber immerhin die Grundlage der neuen Organisation bilden und deshalb müssen wir, bevor wir weitere Schritte thun, der arbeitstüchtigen Mitwirkung unserer Mitglieder versichert sein. Wir besorgen und deshalb an unsere Mitglieder die ganz ergebene Bitte zu richten: 1. uns zunächst bald mitzutheilen, ob sie bereit sind, uns ihre Mitwirkung zur Durchführung des bezeichneten Planes zu gewähren, 2. im Bejahungsfalle diejenigen Industriezweige zu benennen, welche innerhalb ihres Bezirkes für diesen Zweck in Betracht kommen, und 3. diejenigen Sachverständigen zu bezeichnen, welche für die einzelnen Industriezweige in der angegebenen Weise thätig zu sein geneigt sind.“

Am Freitag, 28. April, fand in der Dreifaltigkeitskirche eine für die Missionsgesellschaft für Deutsch-Masafrika (Berlin III) hochbedeutende Feier statt. Missionsinspektor Winkmann, der die Gemeinden Deutsch-Masafrika, soweit sie der Gesellschaft angehören, besuchen wird, verabschiedete sich von der Missionsgemeinde. Mit ihm schied sich die Missionäre Hoff und Döring an, ihr neues Arbeitsfeld aufzusuchen. Vor der zahlreichen und anhängigen Gemeinde predigte Konsistorialrath Gutsmuths aus Stettin über Joh. 10, 16: Worauf gründet die Mission ihre Siegesgewißheit? Dann folgte in herzlichen und bewegten Worten die Abordnung durch P. Dr. v. Bodelschwingh, welcher auch diese Missionäre in seiner Ansprache vorzubereitet hatte, die Einsegnung der beiden Missionäre, des Missionsinspektors und der mitziehenden Frauen Winkmann und Hoff unter Assistenz des Hofpredigers Faber und des Pastors Dieselskamp, Ansprache des Missionärs Hoff und Segnungsgebet des Inspektors Winkmann. Die Nachfeier in dem großen Saale des Vereins christlicher junger Männer vereinte noch eine große Zahl von Missionsfreunden. Dort eröffnete Hofprediger Faber die Reihe der Ansprachen, unter denen besonders die des Missionsinspektors

Krahenstein hervorzuheben ist als Beweis dafür, daß Berlin I und III freundlich Hand in Hand gehen wollen. Der Herr waltete mit seiner Gnade über den Ausziehenden und lasse sein Reich im weiten Ost-Afrika wachsen.

Die Städte Danzig und Thorn begingen gestern die Feier ihrer hundertjährigen Vereinigung mit der preussischen Monarchie. Der „Reichsanzeiger“ schreibt aus diesem Anlaß: Am 7. Mai 1793 leisteten im Rathhause zu Danzig die Behörden dieser Stadt sowie eine Abordnung angesehener Bürger von Thorn vor den Kommissaren des Königs Friedrich Wilhelm II., dem General von Hammer und dem Regierungs-Präsidenten von Schleinitz, den Huldigungseid. Die Stadt Thorn hatte sich ausdrücklich ausbezeugen, in der Thron der Schwefelstadt, zusammen mit den Danziger Bürgern, dem König huldigen zu dürfen. Hiermit traten zwei alte deutsche Hanfsiedel nach langer Trennung wieder zu Deutschland zurück. Vergegenbarte Friedrich der Große bei der Erwerbung Westpreußens im Jahre 1772 auch die Ueberlassung der genannten beiden Orte mit ihren Gebieten gefordert, die ihm zu einer festen Verbindung der im Osten gelegenen Bestandtheile der Monarchie unentbehrlich erschienen; die Eifer suchte der übrigen Mächte wußte ihm den Gewinn der beiden Handelsemporien an der Weichsel vorzuenthalten. Der König ließ jedoch sein Ziel nicht aus dem Auge. Durch geschickte, mit Energie durchgeführte handelspolitische Maßnahmen wußte er es zu erreichen, daß die Danziger Kaufmann sich von der Nothwendigkeit eines Anschlusses an Preußen überzeugten und nach der zweiten Theilung Polens im Jahre 1792 seinem Nachfolger freiwillig ihre Unterwerfung anboten. Desgleichen erklärte sich das einst von dem deutschen Orden gegründete Thorn bereit, Freunde und Leid auch fortan mit der Schwefelstadt zu theilen und mit dieser dem neuen Herrscher den Treueid abzulegen. Wie in der Provinz Westpreußen bald nach der Uebernahme der Verwaltung durch die preussischen Behörden ein neues frisches Leben aufkeimte, so nahmen auch die neu gewonnenen beiden Städte in ihrem Handel und Verkehr unter den Nachfolgern Friedrichs des Großen einen erfreulichen Aufschwung. Nur vorübergehend haben sich die beiden Städte noch einmal der Fremdberrschaft beugen und in den Jahren 1807 bis 1813 eine harte Zeit der Leiden und Bedrängnisse durchleben müssen, bis sie im Jahre 1815 dem Mutterlande wieder zurückgegeben wurden. Preußens Könige haben der Provinz Westpreußen und deren Hauptstädten von je her ihre besondere Landesväterliche Fürsorge bewiesen und fundig gegeben. Kaiser Wilhelm I. wohnte zur Jahrhundertfeier ihrer Vereinigung mit Preußen im September 1872 der Grundsteinlegung zu dem Denkmal Friedrichs des Großen in Marienburg persönlich bei. Die Feier nahm den Charakter einer erneuten begeisterten Huldigung für den Herrscher an. Zu der am 9. Oktober 1877 vollzogenen Enthüllung des Denkmals entfaltete der Monarch den Kronprinzen, nachmaligen Kaiser Friedrich. Der jetzige Kaiser hat während seiner vorjährigen Anwesenheit in Danzig die Stadt und die Provinz seiner besonderen landesväterlichen Huld versichert. Beide Städte haben, wie bereits gemeldet, Vorbereitungen getroffen, um den feierlichen Gedenktag würdig zu begehen und dabei in dankbarer Anerkennung alles Guten, das ihnen durch den mächtigen Schutz und die landesväterliche Fürsorge ihrer Herrscher im Laufe der Jahre zu Theil geworden ist, das Gelingen der Treue zu erneuern.

Die Städte Danzig und Thorn begingen gestern die Feier ihrer hundertjährigen Vereinigung mit der preussischen Monarchie. Der „Reichsanzeiger“ schreibt aus diesem Anlaß: Am 7. Mai 1793 leisteten im Rathhause zu Danzig die Behörden dieser Stadt sowie eine Abordnung angesehener Bürger von Thorn vor den Kommissaren des Königs Friedrich Wilhelm II., dem General von Hammer und dem Regierungs-Präsidenten von Schleinitz, den Huldigungseid. Die Stadt Thorn hatte sich ausdrücklich ausbezeugen, in der Thron der Schwefelstadt, zusammen mit den Danziger Bürgern, dem König huldigen zu dürfen. Hiermit traten zwei alte deutsche Hanfsiedel nach langer Trennung wieder zu Deutschland zurück. Vergegenbarte Friedrich der Große bei der Erwerbung Westpreußens im Jahre 1772 auch die Ueberlassung der genannten beiden Orte mit ihren Gebieten gefordert, die ihm zu einer festen Verbindung der im Osten gelegenen Bestandtheile der Monarchie unentbehrlich erschienen; die Eifer suchte der übrigen Mächte wußte ihm den Gewinn der beiden Handelsemporien an der Weichsel vorzuenthalten. Der König ließ jedoch sein Ziel nicht aus dem Auge. Durch geschickte, mit Energie durchgeführte handelspolitische Maßnahmen wußte er es zu erreichen, daß die Danziger Kaufmann sich von der Nothwendigkeit eines Anschlusses an Preußen überzeugten und nach der zweiten Theilung Polens im Jahre 1792 seinem Nachfolger freiwillig ihre Unterwerfung anboten. Desgleichen erklärte sich das einst von dem deutschen Orden gegründete Thorn bereit, Freunde und Leid auch fortan mit der Schwefelstadt zu theilen und mit dieser dem neuen Herrscher den Treueid abzulegen. Wie in der Provinz Westpreußen bald nach der Uebernahme der Verwaltung durch die preussischen Behörden ein neues frisches Leben aufkeimte, so nahmen auch die neu gewonnenen beiden Städte in ihrem Handel und Verkehr unter den Nachfolgern Friedrichs des Großen einen erfreulichen Aufschwung. Nur vorübergehend haben sich die beiden Städte noch einmal der Fremdberrschaft beugen und in den Jahren 1807 bis 1813 eine harte Zeit der Leiden und Bedrängnisse durchleben müssen, bis sie im Jahre 1815 dem Mutterlande wieder zurückgegeben wurden. Preußens Könige haben der Provinz Westpreußen und deren Hauptstädten von je her ihre besondere Landesväterliche Fürsorge bewiesen und fundig gegeben. Kaiser Wilhelm I. wohnte zur Jahrhundertfeier ihrer Vereinigung mit Preußen im September 1872 der Grundsteinlegung zu dem Denkmal Friedrichs des Großen in Marienburg persönlich bei. Die Feier nahm den Charakter einer erneuten begeisterten Huldigung für den Herrscher an. Zu der am 9. Oktober 1877 vollzogenen Enthüllung des Denkmals entfaltete der Monarch den Kronprinzen, nachmaligen Kaiser Friedrich. Der jetzige Kaiser hat während seiner vorjährigen Anwesenheit in Danzig die Stadt und die Provinz seiner besonderen landesväterlichen Huld versichert. Beide Städte haben, wie bereits gemeldet, Vorbereitungen getroffen, um den feierlichen Gedenktag würdig zu begehen und dabei in dankbarer Anerkennung alles Guten, das ihnen durch den mächtigen Schutz und die landesväterliche Fürsorge ihrer Herrscher im Laufe der Jahre zu Theil geworden ist, das Gelingen der Treue zu erneuern.

Die Städte Danzig und Thorn begingen gestern die Feier ihrer hundertjährigen Vereinigung mit der preussischen Monarchie. Der „Reichsanzeiger“ schreibt aus diesem Anlaß: Am 7. Mai 1793 leisteten im Rathhause zu Danzig die Behörden dieser Stadt sowie eine Abordnung angesehener Bürger von Thorn vor den Kommissaren des Königs Friedrich Wilhelm II., dem General von Hammer und dem Regierungs-Präsidenten von Schleinitz, den Huldigungseid. Die Stadt Thorn hatte sich ausdrücklich ausbezeugen, in der Thron der Schwefelstadt, zusammen mit den Danziger Bürgern, dem König huldigen zu dürfen. Hiermit traten zwei alte deutsche Hanfsiedel nach langer Trennung wieder zu Deutschland zurück. Vergegenbarte Friedrich der Große bei der Erwerbung Westpreußens im Jahre 1772 auch die Ueberlassung der genannten beiden Orte mit ihren Gebieten gefordert, die ihm zu einer festen Verbindung der im Osten gelegenen Bestandtheile der Monarchie unentbehrlich erschienen; die Eifer suchte der übrigen Mächte wußte ihm den Gewinn der beiden Handelsemporien an der Weichsel vorzuenthalten. Der König ließ jedoch sein Ziel nicht aus dem Auge. Durch geschickte, mit Energie durchgeführte handelspolitische Maßnahmen wußte er es zu erreichen, daß die Danziger Kaufmann sich von der Nothwendigkeit eines Anschlusses an Preußen überzeugten und nach der zweiten Theilung Polens im Jahre 1792 seinem Nachfolger freiwillig ihre Unterwerfung anboten. Desgleichen erklärte sich das einst von dem deutschen Orden gegründete Thorn bereit, Freunde und Leid auch fortan mit der Schwefelstadt zu theilen und mit dieser dem neuen Herrscher den Treueid abzulegen. Wie in der Provinz Westpreußen bald nach der Uebernahme der Verwaltung durch die preussischen Behörden ein neues frisches Leben aufkeimte, so nahmen auch die neu gewonnenen beiden Städte in ihrem Handel und Verkehr unter den Nachfolgern Friedrichs des Großen einen erfreulichen Aufschwung. Nur vorübergehend haben sich die beiden Städte noch einmal der Fremdberrschaft beugen und in den Jahren 1807 bis 1813 eine harte Zeit der Leiden und Bedrängnisse durchleben müssen, bis sie im Jahre 1815 dem Mutterlande wieder zurückgegeben wurden. Preußens Könige haben der Provinz Westpreußen und deren Hauptstädten von je her ihre besondere Landesväterliche Fürsorge bewiesen und fundig gegeben. Kaiser Wilhelm I. wohnte zur Jahrhundertfeier ihrer Vereinigung mit Preußen im September 1872 der Grundsteinlegung zu dem Denkmal Friedrichs des Großen in Marienburg persönlich bei. Die Feier nahm den Charakter einer erneuten begeisterten Huldigung für den Herrscher an. Zu der am 9. Oktober 1877 vollzogenen Enthüllung des Denkmals entfaltete der Monarch den Kronprinzen, nachmaligen Kaiser Friedrich. Der jetzige Kaiser hat während seiner vorjährigen Anwesenheit in Danzig die Stadt und die Provinz seiner besonderen landesväterlichen Huld versichert. Beide Städte haben, wie bereits gemeldet, Vorbereitungen getroffen, um den feierlichen Gedenktag würdig zu begehen und dabei in dankbarer Anerkennung alles Guten, das ihnen durch den mächtigen Schutz und die landesväterliche Fürsorge ihrer Herrscher im Laufe der Jahre zu Theil geworden ist, das Gelingen der Treue zu erneuern.

Die Städte Danzig und Thorn begingen gestern die Feier ihrer hundertjährigen Vereinigung mit der preussischen Monarchie. Der „Reichsanzeiger“ schreibt aus diesem Anlaß: Am 7. Mai 1793 leisteten im Rathhause zu Danzig die Behörden dieser Stadt sowie eine Abordnung angesehener Bürger von Thorn vor den Kommissaren des Königs Friedrich Wilhelm II., dem General von Hammer und dem Regierungs-Präsidenten von Schleinitz, den Huldigungseid. Die Stadt Thorn hatte sich ausdrücklich ausbezeugen, in der Thron der Schwefelstadt, zusammen mit den Danziger Bürgern, dem König huldigen zu dürfen. Hiermit traten zwei alte deutsche Hanfsiedel nach langer Trennung wieder zu Deutschland zurück. Vergegenbarte Friedrich der Große bei der Erwerbung Westpreußens im Jahre 1772 auch die Ueberlassung der genannten beiden Orte mit ihren Gebieten gefordert, die ihm zu einer festen Verbindung der im Osten gelegenen Bestandtheile der Monarchie unentbehrlich erschienen; die Eifer suchte der übrigen Mächte wußte ihm den Gewinn der beiden Handelsemporien an der Weichsel vorzuenthalten. Der König ließ jedoch sein Ziel nicht aus dem Auge. Durch geschickte, mit Energie durchgeführte handelspolitische Maßnahmen wußte er es zu erreichen, daß die Danziger Kaufmann sich von der Nothwendigkeit eines Anschlusses an Preußen überzeugten und nach der zweiten Theilung Polens im Jahre 1792 seinem Nachfolger freiwillig ihre Unterwerfung anboten. Desgleichen erklärte sich das einst von dem deutschen Orden gegründete Thorn bereit, Freunde und Leid auch fortan mit der Schwefelstadt zu theilen und mit dieser dem neuen Herrscher den Treueid abzulegen. Wie in der Provinz Westpreußen bald nach der Uebernahme der Verwaltung durch die preussischen Behörden ein neues frisches Leben aufkeimte, so nahmen auch die neu gewonnenen beiden Städte in ihrem Handel und Verkehr unter den Nachfolgern Friedrichs des Großen einen erfreulichen Aufschwung. Nur vorübergehend haben sich die beiden Städte noch einmal der Fremdberrschaft beugen und in den Jahren 1807 bis 1813 eine harte Zeit der Leiden und Bedrängnisse durchleben müssen, bis sie im Jahre 1815 dem Mutterlande wieder zurückgegeben wurden. Preußens Könige haben der Provinz Westpreußen und deren Hauptstädten von je her ihre besondere Landesväterliche Fürsorge bewiesen und fundig gegeben. Kaiser Wilhelm I. wohnte zur Jahrhundertfeier ihrer Vereinigung mit Preußen im September 1872 der Grundsteinlegung zu dem Denkmal Friedrichs des Großen in Marienburg persönlich bei. Die Feier nahm den Charakter einer erneuten begeisterten Huldigung für den Herrscher an. Zu der am 9. Oktober 1877 vollzogenen Enthüllung des Denkmals entfaltete der Monarch den Kronprinzen, nachmaligen Kaiser Friedrich. Der jetzige Kaiser hat während seiner vorjährigen Anwesenheit in Danzig die Stadt und die Provinz seiner besonderen landesväterlichen Huld versichert. Beide Städte haben, wie bereits gemeldet, Vorbereitungen getroffen, um den feierlichen Gedenktag würdig zu begehen und dabei in dankbarer Anerkennung alles Guten, das ihnen durch den mächtigen Schutz und die landesväterliche Fürsorge ihrer Herrscher im Laufe der Jahre zu Theil geworden ist, das Gelingen der Treue zu erneuern.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Mai. Kaiser Franz Josef verläßt heute Abend Pest. Sein hiesiger Aufenthalt gab Anlaß zu zahlreichen Huldigungen. Gelegentlich des Empfanges einer Abordnung sagte der Monarch zum Eisenburger Obergespan: „Es freut mich, Ihnen mitzutheilen, daß die Herkommen der neueren auf dem Gebiete ihres Komitats stattfinden und Se. Majestät der deutsche Kaiser bei dieser Gelegenheit mein Gast sein wird.“

### Schweiz.

Bern, 7. Mai. Der Thierschuhverein in Bern beschloß gestern einstimmig die definitive Abhaltung des internationalen Thierschuhkongresses im Jahre 1894 in Bern.

### Belgien.

Brüssel, 7. Mai. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht die kaiserlichen Erlasse, durch welche die Demission des Kriegsministers Pontas angenommen und der Generalleutnant Brassine zum Kriegsminister ernannt wird.

### Frankreich.

Paris, 7. Mai. Wie mehrere Blätter zu berichten wissen, ginge der Plan von einer baldigen Auflösung der Kammer und von der Festlegung der Neuwahlen für Mitte Juni vom Ministerium selbst aus und wäre es der Präsident Carnot selber, der dem Projekte vollständig zustimme. Maßgebend dafür sei die Notwendigkeit, daß im Falle eines Kabinettswechsels der einzige mögliche Vizepräsident sei. Man wolle im Uebri gen eine solche Eventualität durch Auflösung der Kammer vermeiden.

Paris, 6. Mai. Die Deputirtenkammer beriet die verschiedenen Anträge betreffend den Aufenthalt der Fremden in Frankreich und den Schutz der nationalen Arbeit. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister des Auswärtigen Delle, die internationalen Abmachungen gestatteten nicht, eine besondere Steuer oder irgend eine besondere Abgabe von den Ausländern zu erheben. Die Regierung würde, wenn man die Vorschläge auf Erhöhung einer Fremdensteuer aufhebe, die Anträge annehmen, dieselben würden allerdings dann nur einfache Polizeigesetze sein. Der Sozialist Bourde beantragte ein Amendement, nach welchem den Unternehmern von Arbeiter für den Staat, die Departements oder Gemeinden unterstellt wird, ausländische Arbeiter anzustellen; anderen Arbeitgebern soll unterstellt werden, ausländische Arbeiter zu einem niedrigeren als dem für französische Arbeiter üblichen Lohne anzunehmen. Das Amendement wurde abgelehnt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Gesetzentwurf angenommen, nach welchem die sich in Frankreich aufhaltenden Ausländer verpflichtet sein sollen, sich bei Geldstrafen einzuweisen zu lassen. Die Kammer lehnte sodann mit 378 gegen 116 Stimmen das Amendement ab, nach welchem die Unternehmer verpflichtet sein sollen, für die von ihnen beschäftigten ausländischen Arbeiter

eine Tage zu zahlen. Die Sitzung wurde sodann aufgeschoben.

Paris, 6. Mai. Der heutige Ministerrath beschloß sich mit der Aufstellung des Budgets für das Jahr 1894. Nach dem Vorausschlag übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 131 Millionen, von denen 77 auf die Steigerung der Zinsgarantie für die Eisenbahnen entfallen. Das Defizit soll zum größten Theile durch Erparnisse, durch die außerordentlichen Einnahmen und durch eine Umfaktung der Schulden und der Kasse der Bismarckbahn gedeckt werden; es würde also dann noch ein Fehlbetrag von etwa 10 Millionen verbleiben, dessen Deckung ebenfalls durch Erparnisse erfolgen soll.

### Italien.

Rom, 6. Mai. Der König hat dem Ministerpräsidenten Giolitti unter dem 3. d. Mts. folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Mein lieber Giolitti! Der 25. Jahrestag meiner Vermählung hat Italien Gelegenheit geboten, meinem Hause eine neue großartige Ausbeugung der Anhänglichkeit an dasselbe zu geben. Die Königin und ich sind davon auf das tiefste bewegt; unsere Freude wurde noch gehoben durch den eilen Theilnehmer in Werken der Wohlthätigkeit, mit welchem das Land sich an unserem Familienfeste betheiligte hat, und durch die ehrenvollen Ehrenbezeugungen, welche es unseren erlauchten Gästen und den außerordentlichen Gesandten der auswärtigen Mächte erwiesen hat, indem es auf diese Weise einen Beweis für die volle Einmüthigkeit der Italiener hinsichtlich des Wohlwills für vaterländische Wohlthätigkeit lieferte! Ich wünsche, daß die Nation wisse, daß ich erpönt und stolz bin über Alles, was das italienische Volk und seine Regierung in diesen Tagen gethan haben zu dem loblichen Zwecke, die Nation zu ehren. Ich mache Sie zum Dolmetscher meiner Gefühle dem Lande und besonders Rom gegenüber, welches sich auf der Höhe seiner Traditionen und seiner neuen Bestimmungen gezeigt hat. gez.: „Ihr wohlgeheimer Humbert.“

### Großbritannien und Irland.

London, 7. Mai. Wie eine Depesche aus Dublin meldet, fand gestern Abend in der Nähe des Justizpalastes eine Dynamitexplosion statt. Der durch die Explosion verursachte Knall wurde in allen Theilen der Stadt gehört. Fensterheben wurden getrimmt, das Straßenpflaster weithin aufgerissen. Weitere Einzelheiten fehlen.

London, 7. Mai. Nach weiteren hier eingegangenen Meldungen aus Dublin ist der durch die Explosion in der Nähe des Justizpalastes verursachte Schaden von seiner erheblichen Bedeutung. Verletzt wurde Niemand. Es wird darauf hingewiesen, daß gestern der Jahrestag der im Phönix-Park vollführten Attentate war.

### Bulgarien.

Sofia, 7. Mai. Die große Sobranie ist auf den 14. Mai nach Tinnowo einberufen worden.

### Amerika.

Newyork, 7. Mai. James Monaghan aus Rhode-Island ist zum Konsul in Gienmich ernannt worden.

Washington, 7. Mai. Man glaubt in der Vertagung der Konferenz zu Brasília einen Hinweis auf die Absicht des Präsidenten, eine außerordentliche Sitzung des Kongresses für den Herbst einzuberufen, erblicken zu sollen. Dieser Ausschluß würde Gelegenheit geben, schon vor dem Wiederzusammentritt der Konferenz die Ansicht des Kongresses über das die Silberanfrage regelnde Sherman-Gesetz wie über die Silberfrage überhaupt kennen zu lernen.

O Rio de Janeiro, 5. Mai. Aus den von Rio über Pernambuco kommenden Telegrammen geht hervor, daß der General Silva Telles am 28. April in Vago angekommen ist und daß die durch den General Laaeres kommandirten Streitkräfte der Rebellen nach allen Richtungen auseinander gestreut sind. Die Aufständischen sind moralisch sehr deprimirt, in Folge dessen täglich eine große Anzahl der Soldaten desertiren. Die von den Rebellen abgeschrittenen Telegraphenlinien sind wieder hergestellt. Von anderer Seite wird aus Rio berichtet, daß die Regierung durch ihr Organ, den „Diario Official“ die auf die Ereignisse in Rio-Grande bezüglichen falschen Nachrichten, welche behaupteten, daß die Regierungstruppen bei Sebastiao durch die Aufständischen geschlagen worden seien, demitirten habe lassen. Die Regierung hat ebenfalls erklären lassen, daß von den genannten Telegrammen nur die Nachricht von der Einnahme von Quararom auf Wahrheit beruht habe; denn der kleine Platz sei nicht genügend verteidigt gewesen. Im Palais von Itamaraty hat der Marschall Floriano ein Telegramm des brasilianischen Konsuls von Salto erhalten, welches versichert, daß in Bezug auf die Garnisonen von San Jerja und Uruguanano nicht das Geringste sich seit einer Reihe von Wochen ereignet habe. Andere Depeschen berichten, daß bei der Annäherung des Generals Telles die Rebellen die Belagerung von Vago in aller Eile aufgehoben und befristet die Flucht ergriffen hätten. Man glaubt, daß das Gros der aufständischen Truppen die Marschroute nach Saquarembosinho eingeschlagen haben. Die Stadt Vago hat unter der Belagerung durchaus nicht gelitten und die Garnison scheint sich gegenüber den Rebellen sehr tapfer gehalten zu haben. Der General Telles hat an den Marschall Floriano ein Telegramm aus Vago mit folgendem Inhalt geschickt: „Bei meiner Annäherung mit meinen Truppen haben die Rebellen nach allen Seiten hin die Flucht ergriffen. Während der Expedition sind nicht mehr als 3 Mann in Folge von Verwundungen gestorben. Sie können sich keinen Begriff von den Verbrechen und Greueln machen, welche die Rebellenbanden überall begangen haben. Alles, was ich auf meinem bisherigen Zuge gefunden, ist nur Verwüstung und Raub; nichts ist ihrem Wutur aufgegeben. Auf einen Kampf ließen sie sich nie ein und ergriffen vor jedem Angriff die Flucht. Was die andere Armee der Aufständischen, welche in der Gegend von Uruguanano und von Quararom ihr wildes Wesen trieb, anbelangt, so floh dieselbe ebenfalls vor den Generalen Ribeiro und Lima, welchen von der Regierung eine bedeutende Truppenverstärkung geschickt wurde. Vor wenigen Tagen wurde außerdem das erste Infanteriebataillon in Ceara eingeschickt, um auf dem Kriegsschauplatz, — wenn man diesen Ausdruck anwenden darf — transportirt zu werden. Wenn man mit der Thatsache



